

Deutschlands Wiedervereinigung Hauptziel der USA

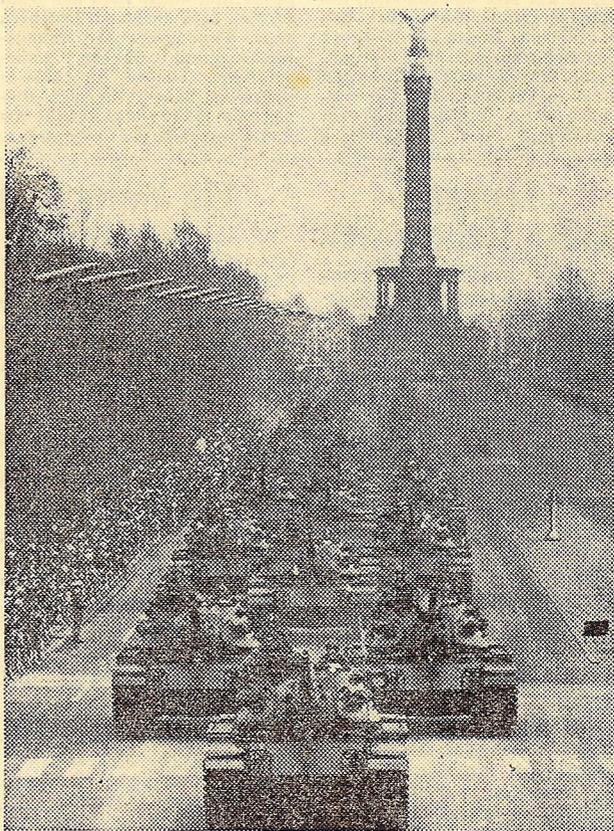
Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Hauptaufgabe der amerikanischen Diplomatie. Dies betonte US-Außenminister Rusk vor dem Übersee-Presseklub in New York. Er sei über-

zeugt, daß die Einheit „unter Bedingungen herbeigeführt werden kann, die die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion und der kleineren Staaten Osteuropas berücksichtigen“.

„Wir sollten nicht vergessen, daß die Teilung Deutschlands immer ein Hindernis für einen dauerhaften Frieden in Mitteleuropa ist.“ In diesem Zusammenhang forderte Rusk „neue Formen gemeinsamen Handelns“ der westlichen Verbündeten. Man brauche intensive und umfassende Konsultationen über alle kritischen Weltprobleme. „Die Zeit ist jetzt reif für umfassendere Aufgaben.“

Eine echte Entspannung in den Beziehungen zwischen der freien Welt und der Sowjetunion ist nach den Worten des amerikanischen Außenminister Dean Rusk so lange nicht möglich, als Deutschland und Berlin geteilt sind. In einer Ansprache vor 200 Delegierten amerikanischer Jugendverbände in Washington betonte der Minister, daß es zwar noch andere Beispiele für bestehende ernste Probleme in der Welt gebe, daß aber Deutschland und Berlin an der Spitze stünden.

Die großen Fragen von Krieg und Frieden seien deshalb auch noch nicht gelöst. Die erleichterte Atmosphäre der Gegenwart könne darüber nicht hinwegtäuschen, sie sei nur eine Vorstufe oder eine Voraussetzung für die Beseitigung der vorhandenen Spannungsherde. Die wirklichen Lösungen der Konflikte müßten noch erarbeitet werden, erklärte der amerikanische Außenminister.



Zum „Tag der Alliierten Streitkräfte“ paradierten gemeinsam Truppen der drei Schutzmächte auf der „Straße des 17. Juni“ in der deutschen Hauptstadt

Lübke ist das erste deutsche Staatsoberhaupt, das Südamerika einen Besuch abstattete

Als besondere Ehrung des Bundespräsidenten war der peruanische Kongreß zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Lübke, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt in einem lateinamerikanischen Parlament sprach, unterstrich in einer Rede vor den Abgeordneten,

daß die Beseitigung der unrechtmäßigen Teilung Deutschlands die nationale Aufgabe seines Landes sei. Gleichzeitig betonte er, daß sich in Europa die Erkenntnis durchsetze, wie wichtig alle Anstrengungen seien, um in Südamerika eine fortschrittliche Entwicklung zu garantieren.

Pankow lehnt Mendes „kleinen Grenzverkehr“ ab

Die ablehnende Erklärung des Zonenaußenministeriums zu den Vorschlägen Vizekanzler Mendes über die Wiederbelebung eines „kleinen Grenzverkehrs“ zwischen beiden Teilen Deutschlands hat der Minister scharf zurückgewiesen. Er sagte, wenn die Machthaber in Pankow es mit der Humanität ernst meinten, dann könnten sie es in dieser Frage vielfältig beweisen. In einer Erklärung hatte die Zonenregierung Mendes Vorschläge ein „unauftrichliches Ablenkmanöver“ genannt, das an die „falsche Adresse“ gesandt worden sei.

Bundespräsident wird am 1. Juli in Berlin gewählt

Bundestagspräsident Gerstenmaier hat sich entschlossen, die Bundesversammlung für den 1. Juli nach Berlin zur Neuwahl des Bundespräsidenten einzuberufen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Gerstenmaier diese Entscheidung dem Ältestenrat des Bundestages

mitgeteilt. Die Sitzung findet genau fünf Jahre nach der Wahl Lübkes zum Bundespräsidenten statt. Tagungsort der Bundesversammlung werden wahrscheinlich wieder die Messehallen am Funkturm sein. Bisher war häufig der 3. Juli als Tagungstermin genannt worden.

Lemmer: Keine Ruhe geben

Unsere Politik dürfe keine Ruhe geben, bis endlich elementare Rechte unseres Volkes respektiert werden. Unter diesem Leitgedanken des zur Zeit erkrankten Bundesministers Lemmer stand eine Regionaltagung der Exil-CDU in Husum.

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Gradl betonte in einem Grußwort, die deutsche Vernunft in der nationalen Frage habe nichts mit Verzicht zu tun. Das geduldige Warten des deutschen Volkes auf die Selbstbestimmung, so sagte Gradl, könne aber schließlich kein Dauerfahrerschein für Ulbrichts Terror an der Mauer und in der Zone sein.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochen Ausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Ein klarer Wahlerfolg der CDU

Bei den baden-württembergischen Landtagswahlen hat die CDU ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Landtagswahl 1960 von 39,5 auf 46,2 Prozent und die Zahl ihrer Sitze von 51 auf 59 erhöhen können. Die SPD verbesserte ihren Stimmenanteil

von 35,3 auf 37,3 Prozent und die Zahl ihrer Sitze von 44 auf 47. Dagegen ging der Anteil der FDP-Stimmen von 15,8 auf 13,1 Prozent und die Zahl der FDP-Sitze von 18 auf 14 zurück. Künftig werden nur CDU, SPD und FDP im Landtag vertreten sein.

SED-Lügen zurückgewiesen

„Allein Pankow verzögert Wiederaufbau der Hirschberg-Brücke“

Den Vorwurf des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, Bonn verhindere den Wiederaufbau der Autobahnbrücke an der Zonengrenze bei Hirschberg, hat die Bundesregierung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Vor der Presse erklärte Staatssekretär von Hase, der Aufbau der über die Saale führenden Brücke werde allein durch Pankow verzögert.

Nach der Darstellung des Regierungssprechers war zwischen den Bevollmächtigten der Bundesrepublik und der Zone im Dezember 1960 eine Vereinbarung über den Wiederaufbau der für den Autoverkehr von

Bayern nach Berlin wichtigen Brücke getroffen worden. Jetzt fordere die Zone jedoch Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Verkehrsministerien oder zumindest eine ausdrückliche Vollmacht für den westlichen Verhandlungsleiter, den Leiter der Interzonenhandlungstelle, Leopold.

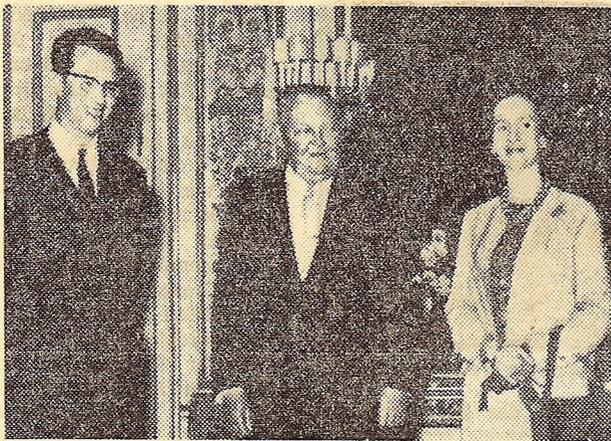
Ein Sprecher des Verkehrsministeriums teilte ergänzend mit, daß die Gesamtbaukosten von etwa 3,5 Millionen Mark von der Bundesrepublik aufgebracht werden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred von Richthofen-Straße 2

Bundeskanzler Erhard unterstrich in Brüssel „Einheit Europas wird Wirklichkeit“

Zum Thema Europa betonte Erhard die tragende Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung. Die politische Einigung der freien Völker Europas

deutscher Seite hervorgehoben wurde, weder eine Verminderung der Sicherheit des Westens noch Diskriminierungen einzelner Länder im Rahmen



Erhard vom belgischen Königspaar empfangen

gilt beiden Regierungen als eine Verpflichtung.

In der Beurteilung der Ost-West-Beziehungen wurden ebenfalls keine Meinungsverschiedenheiten sichtbar. Die Abrüstung ist ein wünschenswertes Ziel, darf aber, wie von

der westlichen Allianz zur Folge haben. In diesem Sinn sei Entspannungsversuchen vorsichtig zu begegnen, wenn auch eine Klimaverbesserung, deren Ergebnis eine „Hinausschiebung der Schwelle des heißen Krieges“ wäre, angestrebt werden müßte.

Erhard: Zu Opfern bereit

Wenn Mitteldeutschland mehr Freiheit gewährt wird

Bonn — Die Bereitschaft des deutschen Volkes, große materielle Opfer auf sich zu nehmen, um den Deutschen jenseits der Zonengrenze ein freieres Leben zu ermöglichen, hat Bundeskanzler Erhard bekräftigt. In Vorwort zum Jahresbericht 1963 der Bundesregierung wiederholte der Kanzler zugleich feierlich den deutschen Verzicht auf Anwendung von Gewalt bei der Durchsetzung des nationalen Anliegens der Wiedervereinigung.

Erhard sprach sich dagegen aus, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion allzu gefühlsbetont zu beurteilen. Politische Entwicklungen seien zeitbedingte Erscheinungen, die nicht dramatisiert werden sollten.

Die Bundesrepublik stehe zur NATO, erklärte der Bundeskanzler, „nicht nur um der Behauptung des Friedens und der Freiheit willen, sondern auch, um damit zu bezeugen, daß wir jedem falschen Nationalismus abgeschworen haben“.

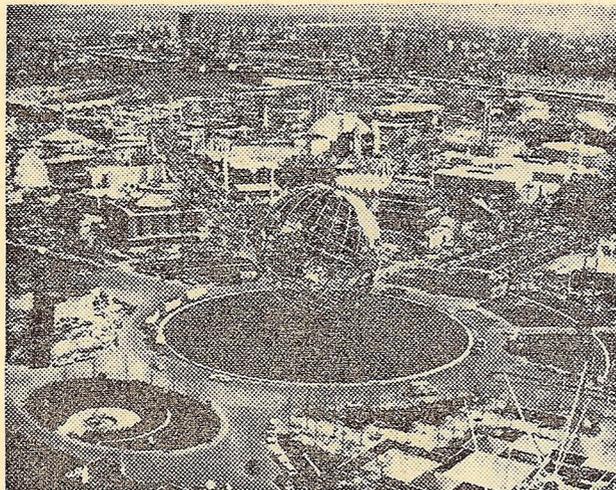
Die Wahrheit im Witz

Auf einem Volkspolizeirevier in der Ostberliner Stalinallee erschien eine Frau und meldete, daß ihr Mann seit Tagen verschwunden sei. „Der Fall ist doch klar“, sagte der Volkspolizist. „Ihr Mann gehört zu den Strolchen, die trotz der Absperrungen noch über die Grenze getümt sind. Da müssen Sie sich an die Westberliner Flüchtlingsstelle wenden...“ — „Erlauben Sie mal“, brauste die Frau auf, „mein Mann ist Agitator der SED. Er hatte den Parteiauftrag, die Werktätigen über die Notwendigkeit der Absperrung aufzuklären.“ — „Ach so“, sagte der Volkspolizist, „dann ist der Fall ja noch klarer. Dann finden Sie Ihren Mann bestimmt in einem unserer Krankenhäuser!“

✱

In einer mecklenburgischen Landschule fragt der „Verdiente Lehrer des Volkes“ die Kinder: „Was ist ein Trauerfall?“ Die Kinder grübeln. Ein Kind meldet sich strahlend: „Wenn mein Taschengeld wegkommt.“ „Nein“, sagt der Lehrer streng, „das ist ein Verlust. Was ist ein Trauerfall?“ Ein zweites Kind meldet sich strahlend: „Wenn die Hühner unseren frischen Salat fressen.“ „Nein“, sagt der Lehrer streng, „das ist ein Schaden. Was ist ein Trauerfall?“ Da meldet sich ein Mädchen und fragt nachdenklich: „Ist es vielleicht, wenn Ulbricht stirbt?“ „Ja“, sagt der Lehrer strahlend, „das ist ein Trauerfall, denn es ist kein Schaden und kein Verlust.“

Johnson eröffnet die „größte Schau der Welt“



Blickfang und Symbol der New Yorker Weltausstellung

Präsident Johnson eröffnet in New York die „größte Schau des Jahrhunderts“. Die Weltausstellung wird durch einen „Countdown“,

ähnlich der Zeremonie bei Raketenstarts, eingeleitet. Auf der Ausstellung, in die die amerikanische Wirtschaft 2 Milliarden Mark in-

vestierte, sind 59 Länder vertreten. Man rechnet insgesamt mit 70 Millionen Besuchern.

Zu den Attraktionen der Schau, die unter dem Motto „Frieden durch Verständigung“ steht, nennen die Amerikaner einen Baum, dessen „Früchte“ aus Dollars im Werte von 4 Millionen Mark bestehen, einen Schatz Goldnuggets im Werte von ebenfalls 4 Millionen Mark, 60 Tonnen Silberdollar im Werte von 8 Millionen Mark, die größte Modelleisenbahn der Welt, den größten Käse der Welt, eine Kollektion bisher unbekannter Erfindungen im belgischen Dorf, einen gigantischen Orchideenbaum mit Tausenden von Blüten im Pavillon von Hawaii, den Weltmeister im Baumklettern, Danny Sailor, Fernsehtelefone, Filmvorführtechniken, die nie zuvor gesehen wurden, und andere Sensationen.

Bonn ein wichtiger Handelspartner

Bundesrepublik nimmt 7 Prozent der Exporte aus Entwicklungsländern ab

Die Bundesrepublik ist für die Entwicklungsländer ein weit wichtigerer Handelspartner als der gesamte Ostblock. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kamen im Jahre 1962 — eine neuere Statistik ist nicht verfügbar — etwa 8 bis 9 Pro-

zent aller Importe dieser Staaten aus der Bundesrepublik. Umgekehrt nahm ihnen Deutschland rund 7 Prozent ihrer Gesamtexporte ab. Am Warenverkehr der Entwicklungsländer erreichte der Ostblock dagegen trotz einer Steigerung im Jahre 1962 nur etwa 4 Prozent.

26 Milliarden Industrieumsatz

Export wuchs um 25 Prozent
Zunahme um 15 Prozent im Februar

Die Industrie der Bundesrepublik hat nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes im Februar einen Umsatz von 26 Milliarden Mark erzielt. Das sind 3,3 Milliarden oder 15 Prozent mehr als im Februar vorigen Jahres. Der Auslandsumsatz erreichte 4,4 Milliarden, womit das Ergebnis vom Februar 1963 um 0,9 Milliarden oder 26 Prozent übertroffen wurde.

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien konnten im Berichtsmonat den Umsatz gegen die gleiche Vorjahreszeit um 20 Prozent steigern. In der Investitionsgüterindustrie betrug der Zuwachs 16 Prozent, in der Verbrauchsgüterindustrie 14 Prozent, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 9,1 Prozent.

Berlin: Mehr produziert

Die Produktionssteigerung der Westberliner Industrie hat sich im März fortgesetzt. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes lag der Index für die Erzeugung der verarbeitenden Industrie (1936 = 100) mit 191 um 3,2 Prozent höher als im Vormonat und um 4,9 Prozent höher als im März 1963. Dabei hat — verglichen mit Februar — die Produktion bei der Hauptgruppe Produktionsmittelindustrien mit einer Steigerung von 3,8 Prozent stärker zugenommen als bei der Hauptgruppe Verbrauchsgüterindustrien (2,1 Prozent).

Der Bruttoproduktionswert der deutschen Uhrenindustrie ist 1963 um 7,8 Prozent auf 583,3 Millionen Mark zurückgegangen.